Josef Schüßlburner
Kritik der Europaideologie
Teil 12: Austritt aus der Europäischen Union – eine gebotene Option für Deutschland

Stand: 22.08.2021

Auch wenn die Aussage im Wahlprogramm der Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD) zum Dexit, also zum Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Union (EU), jüngst von Europaabgeordneten dieser Partei relativiert worden ist,

https://jungefreiheit.de/pressemitteilung/2021/nicolaus-fest-maximilian-krah-klug-war-der-dexit-beschluss-der-afd-nicht/

so hat diese Forderung nicht nur für das Überleben dieser Partei, sondern langfristig auch für das Überleben der BRD, eine zentrale Bedeutung, ein Zusammenhang, der schon dadurch besteht, daß mit der Entwertung der nationalstaatlichen Demokratie durch „Europa“ bezüglich der Deutschen das Gleiche erreicht werden soll wie mit dem Parteiverbotsersatzregime eines „Verfassungsschutzes“: Die Wiederkehr des sog. „Faschismus“, worunter bei Deutschen schon der Nationalliberalismus verstanden wird, durch Ausübung des freien Wahlrechts soll damit Deutschen unmöglich gemacht werden. Dieser Zusammenhang wird durch die sog. Österreichsanktion des Jahres 2000, die gegen den deutschen Nationalliberalismus gerichtet waren, mehr als deutlich. Um die Gefahr, die für „demokratische Werte“ durch Deutsche ausgeht, abzuwehren, sollen „Europäer“ die Deutschen ersetzen, indem die Deutschen einerseits zu europäischen Reichsbürgern werden (Europa als deutsche Reichsersatz-ideologie), andererseits aber auch indem Drittstaater zu wahren Europäern ausgerufen werden, konnte doch auch das Europavorbild USA nicht als Vereinigung der einheimischen (Indianer-)Völker entstehen, sondern nur durch Einwanderer, also den wirklichen Amerikanern. Eine entsprechende eurokratische Absicht wird durch den Vorwurf der „Fremdenfeindlichkeit“ belegt, der auch im bundesdeutschen Parteiverbots(ersatz)system von zentraler Bedeutung ist, aber vor allem die sog. Österreichsanktionen der europäischen Freunde bei Beteiligung der michelhaften Bundesdeutschen motiviert hat.

Das Plädoyer für den Dexit ist auch nicht deshalb anders zu bewerten, weil die französische Rechte ihre Haltung zum Frexit zu revidieren beginnt. Bei Anerkennung der Tatsache, daß es nationale Interessen gibt, die relativ unabhängig von den jeweiligen Parteien bestehen, wird man auch bezüglich der französischen Rechten zumindest in der Tendenz und im Ergebnis sagen können, was zum seinerzeit neugewählten Präsidenten der Französischen Republik, dem Europapopulisten *Emmanuel Macron*, ausgesagt wurde, nämlich, daß er versuchen wird, „das zu Ende zu bringen, was sein alter Förderer Attali mit dem Euro im Sinn hatte, nämlich die deutsche Wirtschafts- und Finanzkraft abzuschöpfen... Er braucht ihre (*Merkel*s, *Anm*.) Mithilfe, um den letzten unwiderruflichen Schritt der Euro-Zone in die totale Transferunion zu realisieren und damit die von Attali und Mitterand vorgedachte deutsche Selbstentmachtung zu Ende zu bringen“, so der Finanzexperte *Bruno Bandulet* in der Juni-Ausgabe 2017 des libertären Magazins *eigentümlich frei* (s. S. 8 f.: Macron, der treue Freund. Warum sich die Deutschen noch wundern werden).

Auch bei einer Regierungsübernahme durch eine Präsidentin *Le Pen* würde sich daher die Frage des Dexit ergeben, weshalb sich die AfD auch mehr an den britischen Konservativen orientieren sollte oder an der Schweizer Volkspartei als an den - im Sinne der bundesdeutschen VS-Phraseologie - französischen „Rechtsextremisten“. Es ist aufgrund der etablierten Interessenlage unter den gegebenen Bedingungen eher konsequent, daß ein französischer Nationalist für „Europa“ ist, was aber nicht automatisch besagt, daß deshalb aus der Perspektive

des deutschen Nationalstaates ebenso entschieden werden müßte. Die britischen Konservativen haben erkannt, daß zwar „Europa“ zur Deutscheneinbindung gut ist, daß sich aber die dabei allgemein, d.h. europaübergreifend zu formulierende Politik, sich letztlich doch nachteilig selbst auf die britischen Interessen auswirken würde, wobei es die Briten ja von vornherein vermieden hatten, sich durch Beitritt zur Währungsunion selbst den ökonomisch größten Nachteil zuzufügen. Für die Deutschen stellt sich dagegen vor allem die europäische Problematik der Währungsunion.

Vor dem daraus sich ergebenden Unheil der endgültigen Sozialisierung der europäischen Staatsschulden über gemeinsame Staatsanleihen von EU-Mitgliedstaaten oder der EU selbst zu Lasten der Deutschen kann deshalb nur noch der Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Union bewahren. Möglicherweise reicht allerdings die öffentliche Diskussion in Deutschland, die das politische Potential entfaltet, realistisch mit dem Austritt zu drohen, jedoch aus, um das drohende wirtschaftliche Unheil des Europapopulismus der linken Mitte ohne Auflösung der Europäischen Union doch noch abzuwenden. Wird aber aufgrund der in Europa-Fragen verkündeten „Irreversibilität“ (*Helmut Kohl*, CDU) und Alternativlosigkeit (*Angela Merkel*, CDU) sogar die ersthafte Diskussion verhindert - und das in einem Staat, der sich als der freieste der deutschen Geschichte einzustufen beliebt - dann werden die Deutschen in die mit dem „Euro“ gestellte Falle laufen und dies wird sich schon mittelfristig nicht nur für Deutschland negativ auswirken (was möglicherweise für bestimmte Politiker die geringste Sorge darstellt), sondern auch der „Allianz des Süden“ nichts nützen. Frankreich muß sich schon auf eigene Kosten reformieren und sanieren. Selbstverständlich sollte man einer derartigen Politik Erfolg wünschen! Und vielleicht schafft eine Präsidentin *Le Pen*, was auch ein Präsident *Macron* nicht geschafft hat.

„Europa“ für die Deutschen zu teuer

Wegen des doch drohenden Europa-Eskapismus des französischen Europapopulismus, dem sich letztlich der etablierten Machtlage entsprechend schon aus ökonomischen Gründen sich auch eine französische Staatspräsidentin *Le Pen* fügen würde, stellt die Entscheidung von Großbritannien, aus der Europäischen Union auszutreten, zwingend die Frage, ob diesem Schritt die Deutschen nicht folgen sollten. Die den Briten von den „Europäern“ in aller Friedensliebe, die Europa doch kennzeichnet, präsentierte Rechnung macht nämlich ebenfalls deutlich wie teuer „Europa“ für die Nettozahler wirklich ist, zu denen Großbritannien gehörte und zwar trotz der Reduzierung der EU-Kontribution, welche die Premierministerin *Thatcher* zugunsten von Großbritannien durchgesetzt hatte. Ohne „Europa“ würde es die Milliardenforderungen, welche Eurokratie und Euro-Diplomatie der britischen Demokratie präsentierten, ersichtlich nicht geben.

Die Kosten werden sich für die Deutschen, wie schon einleitend ausgeführt, noch dadurch erhöhen, weil Frankreich die Lösung seiner gravierenden wirtschaftlichen Probleme vor allem darin sieht, daß die europäischen Staatsschulden vergemeinschaftet werden, d.h. per Saldo: die Deutschen sollen für die Erbfreunde bezahlen, droht ja sonst in Frankreich wirklicher „Populismus“ (Volksfreundlichkeit), was dann vielleicht trotz Fortsetzung der eingespielten Politik auch durch eine Präsidentin *Le Pen* doch das Ende von „Europa“ sein könnte, weil dann doch die beschworene deutsch-französischen Freundschaft riskiert werden würde. Beim „Kampf gegen rechts“ kennen nämlich die deutschen „Europäer“ kein Pardon: Da würde dieses Konstrukt und politische Artefakt „Europa“ sofort beerdigt werden - wie ja schon jetzt Städtepartnerschaften auf Eis gelegt werden, weil in Frankreich in freien Wahlen die aus Sicht deutscher „Demokraten“ falschen Bürgermeister gewählt wurden. Werden dann aber im

Interesse dieses „Kampfes gegen rechts“ die europäischen Staatsschulden „vergemeinschaftet“, die Staatswirtschaft entsprechend christdemokratisch-linksliberalen-sozialdemokratisch-sozialistisch-kommunistischen und grünistischen Vorstellungen durch staatliche „Investitionen“ erhöht und verwirklichen sich noch die Risiken, die wegen der sozialismus-affinen Abschaffung des europäischen Währungswettbewerbs zur Rettung des Zentralisierungskonstrukts „Europa“ eingegangen werden mußten, dann steht der Ruin der deutschen Wirtschaft durch Europa bevor.

Diese europäische Staatswirtschaft, also der Schritt zum Euro-Sozialismus wird sich wegen des Austritts von Großbritannien noch beschleunigen: Mit dem Austritt von Großbritannien haben nämlich die Deutschen innerhalb der Europäischen Union zumindest in wirtschaftspolitischen Fragen einen wichtigen, d.h. mächtigen Verbündeten verloren, der gewährleistet hat, daß vom Weg einer liberalen Wirtschaftspolitik, womit „Europa“ bis zur Währungsunion durchaus verknüpft werden konnte, nicht noch weiter abgewichen wird. Ohne Großbritannien droht „Europa“ unvermeidlicher Weise noch sozialistischer zu werden, weil auf Europa-Ebene auch die Christdemokraten und verwandte Richtungen sozialistischer agieren als dies „zu Hause“ der Fall ist (wo sie gelegentlich noch Antisozialismus spielen). Schon deshalb könnten sich CDU / CSU nicht mehr Slogans wie „Freiheit statt Sozialismus“ oder gar „Freiheit oder Sozialismus“ erlauben, weil sich dies aufgrund der Europapolitik gegen sie selbst richten würde. Was Europa-Sozialismus dabei bedeutet, soll vorliegend dargelegt werden. Es geht dabei nicht nur um die Umverteilung der deutschen Vermögenswerte durch die Währungssozialisierung und die entsprechenden Begleitmaßnahmen wie die faktische Übernahme der griechischen (bald auch italienischen, spanischen oder gar französischen?) Staatsschulden, sondern um die Ersetzung der nationalstaatlichen Demokratie durch eine im Zweifel von den USA ideologiepolitisch dominierte Menschheitsherrschaft, die im Zweifel den „eigentlichen Europäer“ in Menschen sieht, die außerhalb von Europa kommen, weil die ja nur einen Europanationalismus pflegen können, nicht mehr jedoch den bösen deutschen (französischer Nationalismus ist zumindest in der nicht-populistischen Variante eines Euro-Populismus allerdings erlaubt).

EU-Europa als Kriegsgefahr / Austrittsrecht als Friedensgarantie

Gegen die durch die menschheitliche Wertedemokratie verbundene Abwertung der bundesdeutschen Demokratie (und natürlich anderer Demokratien in EU-Europa) zu einer Art Spieldemokratie hilft dann doch nur die Sezession aus „Europa“, die noch rechtzeitig erfolgen sollte, damit dies noch unter Bedingungen erfolgen kann, die nicht zu einer Nachahmung der Entwicklung der für die Europakonstruktion vorbildlichen USA führen, wo bekanntlich der demokratisch beschlossene Austritt mit „Bürgerkrieg“ verhindert worden ist. Auf absehbare Zeit wäre die Verhinderung einer deutschen Sezession die einzige Konstellation, welche die Wiederkehr bewaffneter Auseinandersetzung in Europa möglich erscheinen läßt. Je enger „Europa“ zusammenwächst und damit zu einem Quasi-Staat wird, welcher sich dann vor einer Sezession durch eine dem Artikel 37 des Grundgesetzes zu entnehmenden Rechtsgedanken eines Bundeszwangs schützt, desto größer wird die entsprechende Kriegsgefahr: Zu viel Europa bedeutet Krieg! Die teilweise dämonisierende, ja haßerfüllte Reaktion der politischen Klassen EU-Europas auf das freie Votum der Briten (das aber natürlich durch *fake-news*, die nur Europa-Gegner produzieren konnten, eurologisch irgendwie illegitim ist) gibt einen deutlichen Hinweis darauf, was passieren würde, wenn „Europa“ tatsächlich „alternativlos“ oder „irreversibel“ wäre (was die maßgeblichen Wörter sind, die von BRD-Eurologen zur Kennzeichnung der Euro-Konstruktion vorgebracht werden).

Genau aus diesem Grund ist die Anerkennung des Austrittsrechts aus Europa die wesentliche Friedensgarantie, weil dies einer Nachahmung der vorbildlichen US-Geschichte zumindest rechtlich entgegensteht, wobei allerdings hervorgehoben werden muß, daß seinerzeit die überwiegende Meinung der US-Juristen dahin gegangen war, daß ein Austrittsrecht aus den USA bestehen würde, wenngleich dieses nicht ausdrücklich verankert gewesen war; es war jedoch der Gründergeneration der USA-Verfassung als selbstverständliches Recht der Mitgliedsstaaten erschienen und mußte deshalb nicht kodifiziert werden. Dies war aber im Zuge der Demokratisierung insbesondere während der Präsidentschaft des überzeugten Demokraten, Indianerhassers und Befürworter der Negerversklavung *Andrew Jackson* in den Hintergrund gedrängt worden. Deshalb ist es im Interesse des europäischen Friedenserhalts zu begrüßen, daß die Europäische Union ausdrücklich ein derartiges Austrittsrecht garantiert, von dem die Briten (wie vorher schon im Rahmen des dänischen Reichsverbandes die Grönländer) tatsächlich Gebrauch machen, was dann wohl auch den Deutschen nicht verwehrt werden könnte. Auch wenn es natürlich andere Stimmen gibt, wonach für Deutschen (aus rassistischen Gründen?) Europa „alternativlos“ bleibt.

Bei der Diskussion über ein Austrittsrecht aus Europa wird es sicherlich zentral um die Frage gehen müssen: „Warum eigentlich Europa?“ Nützt uns, d.h. den Deutschen dieses Europa oder schadet es uns mehr und warum? Wobei unterstellt wird, daß (auch) den Deutschen solche Fragen erlaubt sind. Außerdem: Der Nutzen von EG-Europa, der bislang erkennbar bestanden hat, ist spätestens mit der Abschaffung des europäischen Währungswettbewerbs in den Hauptmitgliedsstaaten zu verneinen. Nach Ansicht von sozialdemokratischen Experten in der Zeit des letzten Bundestagswahlkampfes soll man nunmehr deshalb für Europa bezahlen, d.h. französische Staatsschulden übernehmen, weil man ja durch den Marktzugang, den Europa garantiere, profitiere. Seit wann soll Freihandel etwas kosten? Außerdem: Frankreich profitiert doch auch, daß es Handelsaustausch mit Deutschland betreiben darf: Sollen dafür nach Ansicht von SPD-Politikern, die die Niederlage ihrer Parteifreunde in den Niederlanden und Frankreich wegen des Erhalts von „Europa“ begrüßten, die Franzosen dann auch bezahlen oder ist nur von Deutschen etwas zu bezahlen?

Zweifelhafte ökonomische Rechtfertigung

Diese Forderungen und Überlegungen zu Lasten der Deutschen werfen dann in der Tat die Frage auf: Ist „Europa“ noch ein wirtschaftlich sinnvolles Projekt? In der Tat ist die ursprüngliche offizielle Begründung für „Europa“ der Bezeichnung EWG „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ entsprechend, die den Kern der EG und nunmehr der EU darstellt, ökonomischer Art gewesen. Maßgebend ist dabei die Vorstellung, wonach die einem einheitlichen Regulierungssystem unterworfenen Großräume Wirtschaftswachstum und Wohlstand garantieren. Dem Publikum ist diese Begründung angesichts der in der Tat bemerkenswert positiven Wirtschaftsentwicklung im Westeuropa der Nachkriegszeit durchaus plausibel erschienen. Allerdings stellt sich trotzdem die Frage, ob und inwieweit diese sicherlich begrüßenswerte Entwicklung wirklich der EU, genauer: der EWG zuzuschreiben ist.

Zweifel ergeben sich bereits daraus, daß gerade die Schweiz, das Fürstentum Liechtenstein und das Königreich Norwegen, die bislang nicht der EU angehören, einen höheren Lebensstandard aufweisen als alle EU-Mitgliedstaaten (Luxemburg ausgenommen). Sieht man sich die Wirtschaftsentwicklung weltweit an, ist dem eurokratischen Ansatz zuwider in der Tendenz festzustellen, daß jeweils die kleineren Staaten, wie Singapur, Hongkong und Taiwan, wirtschaftlich besser prosperieren als die benachbarten Großräume (wie Indonesien oder die Volksrepublik China). Eine Erklärung dafür könnte sein, daß kleineren Staaten mangels eigener

Rohstoffe kaum etwas anderes als eine Freihandelspolitik übrigbleibt, während Großräume eine autarke Wirtschaftslenkungspolitik betreiben zu können glauben, die sich letztlich wirtschaftlich nachteilig auswirkt, zumindest der vollen Entfaltung des vorhandenen Potentials entgegensteht. Abgesehen von den Sondergebieten Landwirtschaft und Montanindustrie hatte allerdings die EU bislang auf Wirtschaftslenkungsmaßnahmen weitgehend verzichtet und sich der Wirtschaftsliberalisierung verpflichtet gesehen, auf die sicherlich die eingetretene Wohlstandsmehrung zurückgeführt werden kann. Trotzdem bleiben Zweifel, ob es dazu der EU bedurft hätte, die zwar grundsätzlich eine liberales Wirtschaftssystem festgeschrieben hat, wobei dieses gerade dann nicht garantiert ist, wenn man den Schritt von einem völkerrechtlichen Verband mit genauen Bestimmungen in Form von Einzelermächtigungen zu einer Art EU-Staat mit Kompetenzkompetenz (Souveränität) beschreitet, weil dann demokratisch genannte Mehrheitsentscheidungen eine ganz andere Wirtschaftsverfassung festlegen könnten.

Vielmehr muß man festhalten, daß es zur Wirtschaftsliberalisierung Europa kaum bedurft hätte, da die Liberalisierung ohnehin über die weltweiten Handelssysteme GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und nunmehr WTO (Welthandelsorganisation) erfolgt ist und sich deshalb die Liberalisierung der Wirtschaft zumindest weitgehend auch ohne die Europäische Gemeinschaft ergeben hätte. Und auch die EU bleibt deshalb gegenüber einem austretenden Großbritannien zur Einhaltung des weltweit liberalisierten Wirtschaftssystems verpflichtet, so wie sie dies etwa auch gegenüber Japan machen muß. Vielmehr läßt die die Existenz der EU tragende marxistoide Großraum- und Evolutionsideologie befürchten, daß die EU-Liberalisierung nur einen instrumentalen Charakter aufweist. Sie soll nationalstaatliche Kompetenzen beseitigen, um derartige Maßnahmen dann zum geeigneten Zeitpunkt auf der europäische Ebene einführen zu „müssen“, welche dann notwendigerweise sozialistischer sein werden als die entsprechenden wirtschaftsregulierenden Kompetenzen auf der Ebene der Nationalstaaten.

Hier tut sich eine weitere problematische Annahme der EU-Konstruktion auf, nämlich die in der Tat fast als marxistisch zu kennzeichnende Erwartung, daß ein einheitliches Wirtschaftssystem zu einem gemeinsamen politischen System führen „muß“. Wäre diese Annahme richtig, müßten eigentlich Japan und die USA in die EU aufgenommen werden, da bekanntlich mit diesen Staaten ein erheblicher Wirtschaftsaustausch mit EU-Staaten stattfindet. Letzteres widerlegt wiederum die Annahme, daß es zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen einer staatsähnlichen Vereinigung bedarf. Bemerkenswerter Weise hat die EU langfristig an den realwirtschaftlichen Faktoren kaum etwas geändert: 1913, zu einer Zeit, die den Höhepunkt des europäischen Nationalismus markiert, der aber erkennbarer Weise durchaus mit liberalen Außenwirtschaftsbeziehungen vereinbar gewesen ist, waren 75% der deutschen Exporte in europäische Staaten und 8% nach Nordamerika gegangen. Für 1995, im Vorfeld der Sozialisierung der Währungen durch die europäische Gemeinschafts-währung, lauteten die Zahlen wie folgt: 75% nach Europa, 7,3% in die USA. Der Unterschied besteht darin, daß es 1913, abgesehen von Zahlungen an deutsche Kolonien, anders als 1995 und auch anders als 2021, keine öffentlichen Transferleistungen an das Ausland gegeben hat.

Zusammengefaßt: Die eigentliche Begründung für EU-Europa, die wirtschaftlicher Art gewesen sind, lassen bei genauerer Analyse die Mitgliedschaft Deutschlands nicht wirklich gerechtfertigt erscheinen: Wenn es der Schweiz ohne EU-Europa gut geht, warum sollte es nicht auch der Bundesrepublik Deutschland gut gehen?

Alternative: Beitritt zur EFTA

Dazu kommt, daß man die sicherlich auch vorhandenen, aber bei einem klugen Vorgehen geringen Kosten eines Systemwechsels dadurch minimieren kann, daß Deutschland zumindest zunächst Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (s. BGBl. 1993 II S. 266: Abkommen vom 2. 5. 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)) bleibt, dem neben den bisherigen EU-Staaten die Länder Liechtenstein, Norwegen und Island angehören; die Mitgliedschaft der Schweiz ist an einem demokratischen Plebiszit gescheitert (was den Schweizern, anders als den Deutschen gestattet ist), weshalb einige bilaterale Verträge der EU-Staaten mit der Schweiz an die Stelle des EWR-Abkommens getreten sind. In diesem EWR-Bereich (und den bilateralen Abkommen mit der Schweiz) gilt das sog. Sekundärrecht der EU, wie etwa das Recht zur Liberalisierung des Luftverkehrs, aufgrund spezifischer Abreden unabhängig von der EU-Mitgliedschaft. Der vorübergehende Nachteil ist, daß man an der Formulierung des Sekundärrechts, auch wenn dieses sinnvoll sein sollte, zunächst nicht mitwirken kann: Da aber das Optimum an EU-Rechtsetzung ohnehin erreicht, wenn nicht schon überschritten sein dürfte, könnte die Aufgabe der Mitgliedschaft Deutschland auch zur gebotenen Verminderung dieser Rechtsetzung führen.

Nach einer weiteren Übergangszeit, in der man sich die Frage stellt, welche dieser Regelungen des sekundären EG-Rechts als deutsches Recht weiter gelten sollen und dann als deutsches Recht ausgestaltet werden, könnte man auch die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum kündigen und dann vielleicht der EFTA beitreten, wobei man alle anderen EU-Mitgliedsstaaten bitten könnte, diesem Schritt zu folgen und damit „Europa“ gewissermaßen auf der Grundlage eines sinnvollen internationalen Minimalprogramms neu zu begründen. Die EFTA hat nur ein kleines Sekretariat (ebenfalls in Brüssel), was bedeutet, daß die Kosten der internationalen Bürokratie, die innerhalb der EG per saldo weitgehend die Deutschen zu tragen haben, erheblich gesenkt werden könnten.

Mit der EFTA würden die Vorteile der Wirtschaftsliberalisierung erhalten bleiben, die selbstverständlich auch weiter, d.h. über das WTO-Regime hinausgehend im Spezialverhältnis europäischer Staaten entwickelt werden könnten. Als Maßstab könnten die Beziehungen der EU zum Königreich Norwegen zugrundegelegt werden, die man dann auf einer multilateralen Grundlage weiterführen könnte. Jedoch würden bei einem derartigen Systemwechsel weitergehende Verpflichtungen, mit erheblicher Umverteilungswirkung, wie sie innerhalb der EU (Ex-EWG) mit der Währungsunion verbunden sind, entfallen. Die Niederlassungsfreiheit könnte auf das wirklich wirtschaftlich gebotene Maß beschränkt werden, da man für ein System der Wirtschaftsliberalisierung eigentlich nur zwei Prinzipien benötigt, nämlich die (unbedingte) Meistbegünstigung und soweit sie in bestimmten Bereichen auf der Grundlage des Reziprozitätsprinzips gewünscht, der (selektiven, spezifizierten) Inländerbehandlung.

Da der weltweite Wirtschaftsverkehr aufgrund der WTO nach diesen Grundsätzen abläuft und im Verhältnis zu Japan und den USA hervorragend funktioniert, wie er in Zukunft dann auch mit Großbritannien wieder funktionieren wird, bräuchte man bei rein wirtschaftlicher Betrachtungsweise zur Wohlstandssicherung eigentlich nicht einmal eine EFTA, zumindest solange weltweit die Wirtschaftsliberalisierung verankert bleibt. Bei rein technokratischer Betrachtungsweise wäre daher ein Austritt aus der EU mit geringen Kosten ohne weiteres machbar, denen erhebliche Kostenreduzierungen gegenüberstehen. Die Austrittsoption stellt sich insofern als realistisch dar.

Weniger Demokratie durch Europa / Übergang zu einem totalitären Demokratieverständnis

Immerhin scheint sich mittlerweile herumgesprochen zu haben, daß die EU bei zunehmender Integration, insbesondere für die sog. Geberländer, zu denen Deutschland mit vielleicht 80% Finanzierungskosten hauptsächlich gehört, wirtschaftlich eher nachteilig ist, was das inzwischen weite Unbehangen an Europa gerade bei den Deutschen erklärt, die einmal durchaus verständliche Hoffnungen auf dieses Europa gesetzt hatten. Da die bislang plausibel erscheinende, wenngleich nie ganz zutreffende ökonomische Rechtfertigung von EU-Europa gerade durch die ökonomisch eigentlich unnötigen Vergemeinschaftskosten in den sog. Geberländern zunehmend unglaubwürdig zu werden droht, beginnt der Berufsstand der Europapolitiker von „Opfern" zu sprechen, die man für „Europa" bringen müsse: Die Begründung für diese „Opfer" besteht im Wesentlichen darin, daß „Europa" für Demokratie steht und Frieden garantiert. Diese Argumente sind nun völlig verfehlt; vielmehr liefern die Gesichtspunkte „Demokratie" und „Frieden" noch viel stärkere Begründungen als die ökonomische Betrachtung für die Forderung, das Projekt Europa in der bisherigen Weise zu beenden.

Da sich die französischen Erbfreunde nicht von den „germanischen Nationen" demokratisch überstimmen lassen wollen, wird es in Europa an Stelle des Demokratieprinzips weiterhin mehr Bürokratie geben, was bedeutet, daß jede Europäisierung einer politischen Angelegenheit auf eine Entdemokratisierung hinausläuft. Die eigentlichen politischen Fragen werden dann im nicht auf *one man one vote*, sondern im Zweifel auf *one State one vote* gestützten Regierungsgremium „Europäischer Rat" entschieden und die nationalen Parlamente als die eigentlichen Demokratieorgane werden zu Veranstaltungen einer Spieldemokratie degradiert werden. Selbst wenn man aber davon ausgeht, daß im EU-Europa tatsächlich einmal die für „Demokratie" stehende Maxime *one man one vote* verwirklicht werden sollte (d.h. ohne eigenen Abgeordneten für Luxemburg und Malta), was äußerst unwahrscheinlich ist, dann wird sich angesichts der Tatsache, daß man ohne Demokratieverlust die Größe eines Parlaments nicht beliebig erhöhen kann, schon aus quantitative Gründen das Verhältnis von Wählern und Gewählten derart gewaltig lockern, daß das Gewicht der einzelnen Wählerstimme erheblich an Bedeutung verliert: Die demokratische Gleichheit nimmt eben in der Tendenz ab, je mehr an ihr partizipieren und wird verdrängt durch die Macht der Lobbyisten, die den erheblich verteuerten politischen Betrieb finanzieren werden. Dies wirkt sich als Schutz etablierten Interessen aus, da diese die besseren Zugänge zu den Finanzierungsquellen haben; d. h. es wird bedeutend schwerer sein als auf der nationalstaatlichen Ebene, Opposition gegen das etablierte Kartellparteisystem, das man insbesondere in der Bundesrepublik als solches kennzeichnen kann, zu organisieren, womit sich die Demokratie, die in der Bundesrepublik ohnehin nur als freiheitliche, d.h. verfassungsschutzgeschützte und nicht als freie besteht, in Richtung auf eine totalitäre Demokratie vermindert.

Die Möglichkeit einer totalitären Demokratie ist bekanntlich mit dem Grundgesetz-Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung" vorausgesetzt, da dieser Begriff im Parlamentarischen Rat damit begründet worden ist, daß es auch eine Demokratie gebe, die „weniger frei" sei, nämlich die sog. „Volksdemokratie". Diese geht davon aus, daß die Mehrheit eines Volks aus Demokratiefeinden besteht, die daher vorweg durch diktatorische Formen in Schach gehalten werden müßten, wozu insbesondere Parteiverbote, Ideenverbote, Verbote von Argumentationsmustern und dergl. zählen, etwas, was bekanntlich in der freiheitlichen Bundesrepublik auch nicht ganz unbekannt ist und hierbei als „wehrhafte Demokratie" firmiert (die sich dabei zunehmend auf Menschenwürde abstützt, die dann aber nicht allgemein zu gelten scheint, da man sonst „Populisten" nicht so kämpferisch-aggressiv ausgrenzen könnte).

Bereits der Irreversibilitätswahn, der Berufseuropäer kennzeichnet, wenn sie ihr Europaprojekt verteidigen, der von der Einsicht in die Notwendigkeit einer erkannten geschichtlichen Entwicklung ausgeht, spricht dagegen, daß Europa die Demokratie fördert, falls man unter Demokratie eine freie Staatsordnung versteht, in der man aufgrund geänderter Mehrheitsverhältnisse, die man durch Ausübung von Meinungs- und Vereinigungsfreiheit anstreben darf, auch ganz anders als bisher entscheiden kann. Da die Annahme der „Irreversibilität" und Alternativlosigkeit diese freie Entscheidungsfindung nicht mehr zulassen kann, wird „Europa" ohne Austrittsoption dazu übergehen müssen, die bundesdeutsche Sonderform der „wehrhaften Demokratie" mit potenzierter Wirkung zu übernehmen und gegen „Europafeinde" einzusetzen.

Mit dem sog. Österreichboykott des Jahres 2000, der sich gegen eine freie Wahlentscheidung eines Mitgliedstaates gerichtet hat und dabei ideologisch den deutschen Nationalliberalismus treffen sollte, indem man Fremdenfreundlichkeit und ein historisches Bewältigungsverständnis als europäische Maxime ideologisch als (Ideologie-)Demokratie erzwingen wollte, ist bereits der erste Versuch in die Richtung unternommen worden, wozu sich „Europa" als Volksherrschaft ohne Volk besonders anbietet, da hierbei das Volk erst als Glaubensgemeinschaft konstituiert werden muß: Eine „europäische Leitkultur" ist ja „Europäern", die eine entsprechende „deutsche Leitkultur" entschieden, ja haßerfüllt ablehnen, durchaus sehr willkommen! Der Ideologiewert der Fremdenfreundlichkeit oder negativ der Ausländerfeindlichkeit, ist deshalb erhellend, weil damit nicht der ideologische Schutz des fremdstaatlichen Europäers angestrebt wird, wofür ja eine europäische Logik spräche, sondern es wird der Schutz gerade des Nichteuropäers angestrebt, weil dieser im linken Multikulturalismus, der mittlerweile die Europa-Idee, die ursprünglich sicherlich politisch / ideologisch eher „rechts" angesiedelt gewesen ist, definiert, als der „eigentliche Europäer" erscheint: So wie die USA nicht als Vereinigung der einheimischen Indianervölker hätten entstehen können, weil deren „Nationalismus" dem entgegengestanden wäre, so bedarf es nach dieser meist implizit ausgedrückten Ideologie für Europa der Einwanderer, die sich jenseits der konkreten europäischen Nationen als „Europäer" verstehen: Man hat etwa den türkisch-stämmigen „Menschen" vor Augen, der in Saarbrücken geboren ist und deshalb Saarbrücken für eine Stadt hält, die allen Saarbrückern gehört und sich im übrigen als „Europäer" versteht, der gezwungenermaßen noch einen deutschen (Doppel-)Paß hat, damit er dazu beiträgt, daß im „Bundesgebiet" nicht zu deutsch abgestimmt wird, wozu es durchaus erforderlich ist, daß er sich weiterhin als Türke fühlt – was nach der Ideologie des internationalistischen Multikulturalismus ja ungefährlich ist, weil es sich hierbei um den Nationalismus eines Drittstaatlers handelt, dem durch einen amtlichen Multirassismus ein besonderen Schutz zugesprochen wird.

Genau dies besagt wiederum die Ideologie des Österreichboykotts, der von der Befürchtung getragen war, die „Zurückdrängung des deutschen Elements" in Österreich, was den erbfreundlichen Franzosen schon immer ein Anliegen war, könnte durch den „Pangermanismus" einer nationalliberalen Partei gebremst werden. Südamerika zeigt, daß es durchaus nicht besonders erfolgreiche Einwanderungsgesellschaften gibt und vielleicht ist das Schicksal des der indirekten US-Herrschaft schon langen ausgesetzten Lateinamerika das Vorbild der weiteren Europaentwicklung, das durch Masseneinwanderung aus islamischen Staaten und von Afrikanern gefördert werden soll. Funktioniert, wie als eher wahrscheinlich zu erwarten, diese Einwanderungsgesellschaft nicht, weil sich so etwas Tolles wie der konzipierte „europäischer Islam" nicht einstellen will, dann ist damit die „Notwendigkeit" begründet, die NATO, d. h. die USA für Friedenserzwingungsmaßnahmen in Europa zu halten.

Es gehört zu den zahlreichen Widersprüchen dieses eurokratischen Multikulturalismus, der zwar in Bezug auf Tibet wegen der (chinesischen) Masseneinwanderung von „Überfremdung“ sprechen, in Bezug auf Deutschland hierbei nur ein Unwort erkennen kann, wenn - zumindest bislang - gleichzeitig die möglichst rasche EU-Mitgliedschaft der Türkei erstrebt wird, der dann den multikulturell zunächst erwünschten türkischen Nationalismus mit - selbst nach den eurokratischen Prämissen - zerstörerischer Wirkung in das Innere der EU bringen soll. Hier macht sich der europäische Multikulturalismus zum NATO-Machtinstrument der USA, die sich als Einwanderungsland selbst gegen die mexikanische Masseneinwanderung durch Mauer und Stacheldraht sichern, den Europäern aber die Türkei aufdrängen wollen, obwohl die südamerikanische Kultur den USA sicherlich näher steht als den Europäern die osmanisch-kemalistische der Türkei. Zumal es historisch die Europa-Konzeption vor allem deshalb gibt, weil es galt, die von den Osmanen vertretenen Weltherrschaftsbestrebungen des Islam von Europa abzuwehren. *Don Juan von Österreich*, der illegitime Sohn von *Kaiser Karl V.* und einer Regensburger Bürgerin, Befehlshaber der christlichen, durchaus auch päpstlichen Flotte in der erfolgreichen Seeschlacht von Lepanto von 1571 ist wegen seines Sieges nämlich der wahre Europäer. Die ideologischen Spinnereien der USA wollen mit ihren Helfershelfern über die Mitgliedschaft der Türkei unter dem Stichwort der „abrahamischen Religionen“ einen europäischen Islam erzwingen, was zeigt, daß hier so etwas wie eine europäische Staatsideologie angestrebt wird, die mit einer freien Demokratie nicht vereinbar ist.

Bereits vor nicht einmal 25 Jahren kam eine Modellrechnung (s. *I. Eibl-Eibelfeldt*, Wider die Mißtrauensgesellschaft, 1995, S. 145 f.) zu dem Ergebnis, daß sich bei Fortschreibung der vorausgegangenen Trends, nämlich jährliche Wachstumsraten der 75 Millionen Deutschen von - 0,5% und der damals 1,8 Millionen Türken (nunmehr bereits 2,1 Millionen!) von + 2% und jährliche türkische Nettozuwanderung von 50.000 Personen bei im übrigen identischen Geschlechterverhältnis und Sterblichkeitsraten im Jahr 2120 etwa jeweils 40 Millionen Deutsche und Türken auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden würden. Bei einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, die noch vor etwa 20 Jahren allen politischen Kräften der Bundesrepublik undenkbar erschienen ist (als Beispiel sei die Schlagzeile der *FAZ* vom 30. 01. 1995 zitiert: „Schäuble: Die Türkei kann nicht Mitglied der EU werden.“), kann davon ausgegangen werden, daß hierbei keine bloße Modellrechnung vorliegt, sondern es sich um eine Prognose handelt, die sich zudem im prozentualen Verhältnis nicht erst 2120, eine ohnehin die üblichen Zeithorizonte bundesdeutscher Politiker weit überschreitende Jahreszahl, bewahrheiten wird, sondern schon viel früher. Daß damit das „deutsche Element“ in den Hintergrund treten wird, ist wohl zu erwarten, aber daß daraus wirklich das geliebte „Europa“ hervorgehen wird, erscheint wohl kaum wahrscheinlich.

Friede durch Europa?

Aber läßt sich die erkennbare Entdemokratisierung, die „Europa“ beinhaltet, wenn schon nicht ökonomisch, dann vielleicht damit rechtfertigen, daß „Europa“, das nun einmal selbst nicht nach *one man one vote* organisiert werden kann, immerhin Kriege zwischen europäischen Staaten beendet hat und somit für Frieden steht?

Hier tut sich vielleicht das eigentliche Dilemma der europäischen Konstruktion auf. Nach derzeit gültiger Erkenntnis der „europäisch“ oder „westlich“ genannten Werteordnung ist ein Krieg zwischen Demokratien nicht denkbar, eine Ansicht, die mittlerweile Bestandteil des ideologischen Dogmensystem westlicher Regierungen darstellt und von der sie unterstützenden Demokratisierungswissenschaft Politologie als *as close as anything we have to an empirical law in international relations*, also als „Naturgesetz“ beschrieben worden ist, welches im

übrigen Demokratisierungskriege rechtfertigen soll: Wenn Demokratie als Endlösung der Menschheitsprobleme erreicht ist, gibt es keine Kriege mehr. Wenn dem aber so ist, braucht man zum Erhalt des Friedens keine europäische Einigung, weil in Europa mittlerweile (fast) alle Staaten im Sinne dieses Axioms demokratisch sind, was bei etwas großzügiger Betrachtungsweise trotz des Pluralismus ihrer Verbotssysteme, wofür schlagwortartig „Verfassungsschutz" steht, auch für die Bundesrepublik zutrifft.

Beinhaltet jedoch die Europaentwicklung notwendigerweise eine Entdemokratisierung, dann müßte nach der Logik des Axioms „Demokratien bekriegen einander nicht" die Europäisierung durch die damit implizierte Entdemokratisierung die Kriegsgefahr erhöhen. Dies würde sicherlich nicht auf den klassischen Krieg hinauslaufen, der auf absehbare Zeit aus verschiedenen Gründen auch außerhalb Europas eher nicht zu erwarten ist, sondern würde etwa die Form des Sezessions(verhinderungs-)kriegs annehmen, wie er etwa als amerikanischer „Bürgerkrieg" in Erscheinung getreten ist, es sei denn, das allgemein akzeptierte Austrittsrechts, dessen wahre Bedeutung hierbei besonders deutlich wird, macht diesen innereuropäischen „Bürgerkrieg" rechtlich und dann vielleicht auch tatsächlich unmöglich.

Im derzeitigen EG-Europa würde dieser „Bürgerkrieg" wohl als „Polizeiaktion" zur Absetzung wertewidriger Regierungen und zur Durchsetzung von Verboten europawidriger Parteien eingeleitet werden. Auch hier steht der sog. Österreichboykott als Modellfall, dessen mögliche Entwicklung man nur gedanklich fortführen muß, wobei die Annahme nicht abwegig sein dürfte, daß der NATO-Feldzug gegen das zur Diktatur erklärte, sich im Demokratisierungsprozeß befundene Restjugoslawien / Serbien gewissermaßen die vorweggenommene weitere Konsequenz des Österreichboykotts dargestellt hat. Schließlich meinte der seinerzeitige Werte-Interpret *Giordano*, daß „die Welt (!) in Flammen stünde", wenn „in Europa (gemeint: BRD, *Anm.*) Leute wie Haider an die Macht kämen." Mit anderen Worten: Wenn Deutschland falsch wählt, gibt es europäischen Krieg! Immerhin sollte zu denken geben, daß gewissermaßen als Dank für den deutschen Verzicht auf die erfolgreiche DM „Eine Streitschrift aus Frankreich" mit dem Titel „Über den nächsten Krieg mit Deutschland" veröffentlicht worden ist, der danach natürlich nicht stattfinden muß, wenn garantiert ist, daß die „deutschen Nationen" das tun, was die Franzosen befehlen. Damit kommt man vielleicht zum wirklichen Kern der Europaproblematik, die Deutsche, für die Europa doch so etwas wie eine Reichsersatzideologie darstellt, in der Regel nicht wahrnehmen wollen.

Europa = Machtinstrument des Westens

Wenn trotz der europäischen Prämisse, daß „zwischen Demokratien kein Krieg" denkbar sein würde, die notwendigerweise zur Entdemokratisierung führende Europäisierung weiter betrieben wird, dann kann sich dies eigentlich nur gegen eine mögliche Entwicklung richten, die wiederum im Zusammenhang mit dem gegen den deutschen Nationalliberalismus gerichteten Österreichboykott offen benannt worden ist. *Emanuel Todd*, ein früherer Berater des seinerzeitigen französischen Präsidenten *Chirac* und anerkennenswerter französischer Politologe, der auch rechtzeitig den Untergang der Sowjetunion prognostiziert hatte, hat im Zusammenhang mit dem Österreichboykott davon gesprochen, daß „wegen Haider" „die deutsche Frage wieder offen" sei. Was man vielleicht den romanischen Nationen (wie Italien) zugestehen könne, nämlich „rechtsextreme Regierungen" zu bilden, dies müsse „deutschen Nationen" „wegen ihrer Geschichte" verwehrt werden. So wird auch nachvollziehbar, warum der UDF-Vorsitzende *Bayrou* und zwischenzeitlicher Justizminister unter *Macron* beim Österreichboykott davon gesprochen hat, daß der Holocaust gezeigt habe, wie zerbrechlich europäische Werte seien, die nur der europäische Einigungsprozeß, und demnach nicht

nationalstaatliche Demokratie, schützen könne. Im Klartext heißt dies: Unsere westlichen „Freunde“ nehmen an (in Übereinstimmung mit der „wehrhaften Demokratie?), daß die „deutschen Nationen“ den Holocaust fortsetzen würden, wenn man sie nur demokratisch entsprechend dem als „Wert“ gepredigten Demokratieschulbuch abstimmen ließe, nämlich ohne Parteiverbotssystem, (ideologischen) „Verfassungsschutz“ und vor allem Europa-Einbindung. Die bei Deutschen zu erwartende Rückkehr des „Faschismus“ muß nicht nur, aber vor allem auch „Europa“ verhindern. Das setzt dann allerdings zwingend voraus, daß Europa selbst keine Demokratie ist, sondern ein Überwachungssystem, das sich „demokratischen Werten“ verpflichtet weiß und deshalb berechtigt ist, die Demokratie unzuverlässiger Mitgliedstaaten mit Anti-Rassismus-Behörden und dergleichen zu überwachen und demokratische Wahlausgänge etwa hinsichtlich der daraus folgenden Regierungsbildung zu „relativieren“.

Dies führt wohl zur Quelle der Erkenntnis über die „Irreversibilität“ der Europaentwicklung, die der „Europäer“ *Kohl* selbst auf die Spitze gebracht hat, indem er die Währungsunion als Frage von Krieg und Frieden erklärte: „Europa“ beruht auf amerikanischer Initiative im Rahmen des *European Recovery Programme* und stellt dabei das Angebot an die Franzosen dar, im Interesse der USA an der Deutscheneinbindung mitzuwirken, was es den USA wiederum erlauben sollte, das an sich länger angelegte Besatzungsregime in West-Deutschland zu beenden. Wer es nicht glaubt, soll das Buch von *Geir Lundestad*, Empire by Integration, 1995 lesen, das die unverdächtige *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 14. 08. 1998, S. 8 unter „Europäische Gründungsväter. Der maßgebliche Einfluß der amerikanischen Außenpolitik“ angemessen rezensiert hat.

Man muß durchaus anerkennen, daß es für bundesdeutsche Politiker legitim war, sich auch unter diesen Bedingungen für „Europa“ stark gemacht zu haben; denn schließlich ist EWG-Europa der weiteren Prolongierung des Besatzungsregimes vorzuziehen gewesen. Die Wirtschaftsintegration hat die Wiederholung eines offenen Versailler Ausplünderungs-vertrages verhindert; vielmehr müßte und konnte man die verschleierten Entschädigungs-zahlungen, etwa in Form eines überproportionalen Anteils an der EU- und sonstiger Welterlösungsfinanzierung (man denke nur an die gerade offenkundig gescheiterte „Demokratisierung“ von Afghanistan) so ausgestalten, daß sie den Deutschen nicht als solche erkennbar sein sollte: So hat die britische Zeitschrift *The Spectator* vom 14. 08. 1993, auf Seite 14 f. festgestellt: „The Cash Fountain of Versailles - Niall Ferguson argues that Germany in bearing the cost of the Europan union is still paying reparations.“ Diese bestätigt die bekanntere Aussage von *Le Figaro* vom 18. 09. 2000, der hinsichtlich der Währungsunion und der dabei involvierten Umverteilungswirkung geschrieben hat: „Deutschland wird zahlen, sagte man in den 20er Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg.“ Diese Einschätzung ist allerdings insofern unzutreffend, weil es den Krieg ja schon gegeben hat, nämlich den Zweiten Weltkrieg.

Der eigentliche Zweck von Europa als Kriegsfolge des Zweiten Weltkrieges, nämlich die „Einbindung“ der Deutschen sicherzustellen, ergibt sich banal aus der Tatsache, daß zwei wesentliche Bereiche, die im inneren Zusammenhang stehen, gerade nicht „vergemeinschaftet“ werden, nämlich die Veto-Stellung der Mitgliedstaaten Frankreich (und bislang Großbritannien) im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die Stellung dieser Staaten als anerkannte Atomwaffenstaaten. Zwar wird seit der Diskussion um eine Europäische Verfassung auch von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gesprochen: Nach Artikel 40 dieser geplanten Verfassung (Besondere Bestimmungen für die Durchführung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) hätte der Ministerrat zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit der

Durchführung einer Mission im Rahmen der Union beauftragen können, wobei ... die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verbindungen eingegangen sind, eine strukturelle Zusammenarbeit im Rahmen der Union begründen: „Bei der Umsetzung der engeren Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung arbeiten die beteiligten Staaten eng mit der Nordatlantikvertrags-Organisation zusammen. Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik regelmäßig gehört und über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten."

Damit wird deutlich, daß eine Parlamentarisierung der Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene nicht geplant ist, sondern diese von den maßgeblichen Staaten bestimmt bleibt, wobei es sich hierbei um Frankreich (und bislang auch Großbritannien) handelt, die vermittels NATO und UN-Sicherheitsrat im Bündnis mit den USA bestimmen, was „Europa" zu wollen hat, d. h. wo die „europäischen Werte" verteidigt werden, also aggressive Demokratisierungs-kriege (natürlich zur Sicherung des Weltfriedens) geführt werden sollen. Wäre „Europa" eine genuine Veranstaltung, dann müßte man in der Tat zunächst die Außenpolitik und damit das Militär „vergemeinschaften", da dies traditionell den Zweck von Staatenvereinigungen dargestellt hat, während die Vergemeinschaftung der Wirtschaft und der Bananengrößen erst lange danach folgen würde. „Europa" hat nur insofern ein sinnvolles Konzept dargestellt, weil offenbar die Abwehr des Kommunismus in Form der Sowjetunion nach Beseitigung des Deutschen Reichs (wenngleich dieses als BRD fortbesteht) nur im Staatenverbund zu organisieren war, wobei allerdings „Europa" schon in diesem Zusammenhang nur eine Hilfskonstruktion gespielt hat, während die eigentliche Funktion der NATO zugekommen ist. Nunmehr müßte bei einem genuinen Europa die NATO gerade aufgelöst werden, um legitimer Weise auch ein Gegengewicht gegenüber den Weltherrschaftsbestrebungen der USA darzustellen.

Nach *Huntington* hat der wesentliche Unterschied zwischen Europa und Asien darin bestanden, daß sich bei letzterem durch Anlehnung an die beherrschende Macht konzentrische Kreise um dieses Machtzentrum gebildet haben, während in Europa der Auftritt eines Machtzentrums zumindest seit der französischen Politik gegen die letzten, von *Kaiser Karl V.* vertretenen Weltherrschaftsbestrebungen immer zur Bildung einer Gegenmacht hat rufen lassen. Diese Reaktion ist die aus dem Feudalismus folgende Übertragung der innerstaatlichen Vorstellung vom Machtgleichgewicht, das die politische Freiheit, diese altgriechisch-europäische Idee, sichern soll, auf die internationale Ebene. Die mangelnde Entschlossenheit europäischer Völker zu dieser Gegenmachtsbildung, selbstverständlich auch mit militärischen Mitteln, zu schreiten und sich stattdessen mit lateinamerikanischer Genügsamkeit abzufinden, führt notwendiger Weise zur wirtschaftlichen Unterentwicklung - Ausschaltung des Systemwettbewerbs - und schließlich und damit verbunden, zum Verlust der politischen Freiheit. Das EU-Europa macht deshalb die NATO zum Bestandteil seiner Verfassung und garantiert damit amerikanische Fremdbestimmung, weil sich die Mächte Frankreich und Großbritannien allein die Einbindung der Deutschen, denen nach Untergang der Sowjetunion die Option eines Bündnisses mit Rußland gegeben ist, nicht zutrauen.

Die NATO selbst verwandelt sich dabei von einem Verteidigungsbündnis, das den Feind außen ansiedelt, in ein System der Kollektiven Verteidigung, das den Feind innen ansiedelt. In diesem Prozeß werden die nationalstaatlichen Demokratien Europas auf bloße Selbstverwaltungskörperschaften herabgestuft, die sich zwar noch demokratischer Formen bedienen, aber denen die Substanz des Demokratischen, nämlich Volkssouveränität (wofür zunehmend „Populismus" steht) und damit insbesondere außenpolitisch wirkende Selbstbestimmungsrecht der Völker abhanden kommt, weil die Ergebnisse des demokratischen

Prozesses dem Vorbehalt der Genehmigung durch einen übergeordneten Machtverband unterliegen.

Europäische Zukunftsbilder

Aufgrund dieser Situation stellt sich die absehbare Europa-Entwicklung in etwa wie folgt dar: Die grundlegenden, letztlich demokratietheoretischen Dilemmata der Europa-Konstruktion bleiben ungelöst. „Europa" kann keine Demokratie sein und damit all das Gute darstellen, das mit dieser Regierungsform assoziiert wird, da es kein Eurovolk gibt. Dieses muß man durch ungezügelte Einwanderung, welche die „wahren Europäer" hervorbringen soll, erst herstellen. Damit und vor allem durch die Hochideologisierung von „Demokratie" zu einer mit der Holocaustbewältigung als Europaideologie verschmelzenden Zivilreligion, muß man zur Schaffung eines Eurovolkes den saturierten und schon deshalb relativ ungefährlichen „Nationalismus" der (bisherigen) EU-Mitgliedstaaten bekämpfen, fördert jedoch, sicherlich ungewollt aber werte*logisch* unvermeidbar, über den „Regionalismus" den aggressiven Nationalismus autochthoner Gruppen, wie der Basken, (Nord-)Iren, Korsen und insbesondere nach dem „Brexit", den der Schotten - in Osteuropa und auf dem Balkan gibt es diesbezüglich noch einiges zu tun - und toleriert über den Multirassismus mit diskriminierender Stoßrichtung gegen die Mehrheitsbevölkerung den der „Einwanderer", was zur Begründung eines Multikulturalismus ja unvermeidbar ist. Auf diese Weise unterminiert Europa die demokratischen Errungenschaften in den einzelnen Mitgliedstaaten, werden doch aufgrund des Multirassismus zunehmend die Grundrechte ihres den Bürger schützenden Charakters entkleidet und zu Kampfparolen gegen die jeweilige nationale, mit „Populismus"-Vorwürfen überzogenen Opposition umfunktioniert. Die Euro-Zivilreligion beseitigt dabei die im Interesse der politischen Freiheit errichtete Trennung von Staat und weltanschaulichem Bekenntnis.

Der sog. „Multikulturalismus", der auf der Verwechslung von *multa* mit *multum*, d. h. auf dem Trugschluß beruht, wonach „viele Kulturen" „viel Kultur" bedeuten, wird bei der generellen Tendenz des kulturellen Niedergangs (u. a. Eskalierung der Schwerstkriminalität) durch Begünstigung der Wenigen, die sich in mehreren Kulturen wirklich behaupten können (was mehr als nur exzellente Sprachkenntnisse, schon dies schwer genug, voraussetzt), die soziale Frage verschärfen. Die Europäisierung der Parteipolitik fördert US-amerikanische Methoden der Politikfinanzierung und lockert über die damit verbundene Plutokratisierung und Lobbysierung das Band zwischen Wählern und Gewählten, wobei dann die Wirtschaftsaristokratie das Vakuum zu füllen sucht. Dabei löst Europa in wirtschaftlicher Hinsicht keine Probleme mehr, sondern dürfte sich insbesondere bei Fehlschlag der Euro-Union, die sich ja dramatisch abzeichnet, als das eigentliche ökonomische Problem darstellen. Zudem verschleppt „Europa" die Lösung dringender Probleme in den jeweiligen Mitgliedstaaten, da sich die Politiker zur Verschleierung der Verantwortlichkeit eher europäischer Eskapaden befleißigen als an die sicherlich schmerzhafte Lösung der mittlerweile gravierenden Probleme daheim zu gehen, also die „Hausaufgaben" zu machen, um die *Kohl*sche Ausdrucksweise zu verwenden.

Schreibt man die Entwicklungen der vergangenen Jahre seit dem Untergang der Sowjetunion und damit eines oder gar des eigentlichen ursprünglichen Rechtfertigungsgrundes von „Europa" fort, dann könnte die positivste Entwicklung von EU-Europa vielleicht in der Nachahmung der Situation der Indischen Union bestehen, die jedoch aufgrund ihres Zentralismus erhebliche Schwierigkeiten hat, aus der Unterentwicklung zu entkommen. Es spricht nämlich einiges dafür, daß auf dem indischen Subkontinent diese Überwindung der Unterentwicklung eher gelingen würde, gäbe es auf dort so viele unabhängige Staaten wie

bislang noch in Europa. Durch die Zentralisierung („Europäisierung“) wird sich EU-Europa in Richtung Unterentwicklung nach indischer Art begeben, was aber bei Aufrechterhaltung von Europa, noch die optimale Entwicklung wäre.

Allerdings werden die USA für „Europa“ keine politische Selbständigkeit zulassen, wie sie die Indische Union als Atommacht besitzt. „Europa“ ist nämlich im Interesse der US-amerikanischen Hegemonie auf dem eurasischen Kontinent schon zu sehr auf eine pro-islamistische Einwanderungsgesellschaft ausgerichtet, so daß eine Mischung aus Lateinamerika und Balkan mit den damit verbundenen externen Interventionen und den unterschiedlichsten Formen des Halbkolonialismus die wahrscheinlichste Entwicklungs-richtung darstellen dürfte. Im wohl schlimmsten, aber durchaus nicht gänzlich unwahrscheinlichen Falle könnte die europäische Zukunft bereits in der übernächsten Generation von der multikulturellen und para-feudalistischen Krisensituation des derzeitigen (Schwarz-)Afrika geprägt sein; dies ist etwa die Auffassung des Soziologen *Trutz von Trotha*, Die Zukunft liegt in Afrika. Warum Staatszerfall und Rückkehr der „konzentrischen Ordnung“ auch den Westen betreffen, in: *Die Zeit* vom 10. 08. 2000, S. 9.

Alternative zur Austrittsoption: Vergemeinschaftung des französischen Atomwaffenpotentials und der UNO-Position

Man wird diesen Entwicklungen im wesentlichen noch dadurch vorbeugen können, indem man aus dem EU-Europa, das mit seiner Ideo*logik* diese Entwicklungen trägt, austritt. Die Nachteile, die die weitere Europaentwicklung bei rapide abnehmenden (zusätzlichen) Vorteilen erkennbar auftut, können nur dann im begrenzten Ausmaß hingenommen werden, wenn folgende wesentliche Bedingung erfüllt ist: In Europa wird die außen- und militärpolitische Machtstellung von Frankreich vergemeinschaftet; gleichzeitig werden die NATO aufgelöst und die amerikanischen Truppen nach Hause geschickt.

Die Frage ist, ob diese Bedingung durchgesetzt werden kann: Die Antwort ist: Nein; denn wenn man in Deutschland eine politische Klasse hätten, die sich traut, den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der EU ins Spiel zu bringen, bräuchte man wohl wiederum gar nicht austreten, weil dann die EU in ähnlicher Weise oder sogar noch viel effektiver in einem deutschen Interesse instrumentalisiert werden könnte als dies bislang für französische und dann auch britische Interessen erfolgt ist.

Also ist die Forderung nach einem EU-Austritt Illusion: Sofern es auf die derzeitige politische Klasse ankommt muß dies bejaht werden. Zugunsten von deren Position muß vorgebracht werden, daß bei einem Austritt der Bundesrepublik Deutschland, trotz dann vielleicht ausdrücklich garantierten Austrittsrechts der bislang verschleierte Zusammenhang zwischen Europa und Kriegs-Entschädigungszahlungen wohl deutlich gemacht werden würde: „Man“ würde sich erinnern (da „man“ dies ohnehin nicht vergessen hat), daß die deutsche Einbindung im Wege der EU im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zu sehen ist und deshalb die Entschädigungsfrage doch noch nicht gelöst ist, wobei man dann die bisher innerhalb von „Europa“ geleisteten überproportionalen Zahlungen natürlich nicht als solche Entschädigungszahlungen ansehen würde, da sie formal sicherlich auch keine entsprechenden Zahlungen dargestellt haben. Aber vielleicht würde dies dem doch unpolitischen deutschen Publikum die wahren Machtverhältnisse klarmachen, die ihnen Begriffe wie „europäische Werteordnung“ verbergen.

Dies sollte aber eine wirkliche Oppositionspartei, die in Deutschland dringend benötigt wird, nachdem alles anderes, unter Einschluß der kommunistischen Mauerbauer-Partei zum Bestandteil eines sog. demokratischen Kartellparteiensystems geworden ist, nicht daran hindern, weitergehende Forderungen zu stellen. Allein dies könnte ausreichen, die sich abzeichnende verhängnisvolle Entwicklung zumindest noch zu korrigieren. Der Freiheitscharakter von Parlamentswahlen in der Bundesrepublik Deutschland würde sich durch klare Alternativoptionen, die angeblich aufgrund der europäischen Irreversibilität und Alternativlosigkeit bei „Europa“ für die Deutschen nicht bestehen sollen, gegen die sich machtpolitisch in der Tat die Europa-Konstruktion richtet, entschieden erhöhen: Selbst wenn von dieser Option dann nicht Gebrauch gemacht wird. Freiheit besteht nämlich darin, Optionen, also eine Alternative für Deutschland, zu haben!

Hinweis:

Der Beitrag geht auch einen Vortrag zurück, weshalb dort neu wenige Literaturhinweise gebracht sind. Diese finden sich in den vorausgegangenen Beiträgen der vorliegenden Serie zur Europakritik, die auch die einzelnen Aussagen vertieft behandeln
https://links-enttarnt.de/uebersicht-alternative-perspektiven